

Merseburger Kreisblatt



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Subskribenten 1,20 Mk., in den Ausgabeorten 1 Mk., bei den Postämtern 1,50 Mk., mit Postgebühren 1,92 Mk. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8 $\frac{1}{2}$ bis 9 Uhr geöffnet. — Preis der Kunde der Redaktion abends von 6 $\frac{1}{2}$ bis 7 Uhr — Telefonruf 274.

Anzeigengebühren: Für die befristete Kopie je Zeile oder deren Raum 20 Pf., für private in Merseburg und Umgebung 10 Pf. Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Belangen außerhalb des Interessenten 40 Pf. — Sämtliche Anzeigen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telefonruf 274.

Tageblatt für Stadt und Land

(Mittliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokalnachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 13

Freitag, den 16. Januar 1914.

154. Jahrgang

Der Reichskanzler gegen die Konservativen?

Merseburg, 15. Januar.

In der neuesten Ausgabe der „Berlin. Polit. Nachr.“, die, wie bekannt, vielfach direkt aus den Kanzleien der höchsten Behörden Informationen erhalten, findet sich nachstehender Artikel, von dem man annehmen kann, daß er direkt inspiriert ist; freilich könnte es auch Redaktionsarbeit sein.

Er lautet:

„Wie alle staatsverhaltenden Parteien sind auch die Konservativen von der Übergangsbuchung, daß wir, ganz besonders im Reich, eine starke Regierung brauchen. So unerlässlich diese Forderung ist, so wenig kann es einem Zweifel unterliegen, daß die den konservativen Angriffen gegen den Reichskanzler und Ministerpräsidenten anscheinend zugrunde liegende Auffassung, die Regierung könne dadurch gestärkt werden, daß man sie vor dem Lande zur Rechenschaft zieht und ihre Handlungen vorwiegend abfällig kritisiert, gerade das Gegenteil dessen bewirken muß, was dem wahren Bedürfnis und dem Gebot der Stunde entspricht. Für die Regierung trifft das Wort, daß der Staat am mächtigsten allein ist, jedenfalls nicht zu; wie bei uns im Reich die verfassungsmäßigen Zustände getagelt sind, wird vielmehr die Regierung in dem Maße an Stärke gewinnen, wie es ihr gelingt, auch unter schwierigen Verhältnissen und in kritischen Momenten mit einer nationalen Mehrheit zu arbeiten. Das ist allerdings nur möglich, wenn sich die Parteien bemühen, daß die Verantwortung für die Führung der Reichsgeschäfte nicht allein bei der Regierung liegt. Den Parteien liegt es ob, — und die Bestimmung in Artikel 29 der Reichsverfassung weist ausdrücklich darauf hin — den engen Parteistandpunkt aufzugeben und das große Ganze ins Auge zu fassen, wenn es sich darum handelt, bei gegenseitigen Fragen die beste, im Sinne der vaterländischen Interessen beste Lösung anzustreben. Daß es die konservative Partei daran hat fehlen lassen, haben die beiden Reden des Ministerpräsidenten über seine Politik im Reich und seine Stellung gegenüber dem Reichstag dargelegt. Eine Passivität der Regierung ist allerdings bei verschiedenen Anlässen zuzugerechnet. Aber es geht ab notwendiger und die Zustände sind doch, wenn man auf das Ende und auf das Ganze sieht, von verhältnismäßig geringer Bedeutung im Vergleich zu dem, was tatsächlich erreicht wurde. Die Regierung wenigstens trifft nicht der Vorwurf, daß sie das große vaterländische Werk des Jahres 1913 auch nur einen Augenblick gefährdet habe. Die Regierung hat vielmehr, wenn auch schweren Herzens und in einem überaus wichtigen Punkte zweifellos gegen ihre bessere Überzeugung, das Opfer gebracht, das im Interesse unserer politischen und militärischen Nachstellung, im Interesse unserer Existenz als Großmacht unbedingt gebracht werden mußte. Damit hat die Regierung ein Beispiel vaterländischer Treue und Opferfreudigkeit gegeben, das leider nicht bei allen bürgerlichen Parteien Nachahmung gefunden hat. Und doch hätte angesichts der Alternative, entweder Verzicht auf die Stellung und das Prestige als Großmacht oder Verzicht auf ein ansehnliches, äußerst strittiges Steuerprinzip, nicht einen Augenblick zweifelhaft sein dürfen, nach welcher Seite die Entscheidung fallen mußte. Wenn man die Entschließung der Regierung in der Besitzsteuerfrage als Schwäche bezeichnen wollte, läge darin der Vorwurf, daß die Regierung, nur um unter keinen Umständen den Eindruck der Schwäche aufkommen zu lassen, unveräußerliche Lebensinteressen des Vaterlandes preisgegeben hätte! Einen solchen Vorwurf wird auch der entschiedenste Gegner der Regierungspolitik sicherlich nicht zu erheben wagen. Im übrigen haben auch die Erklärungen des Ministerpräsidenten über den gegenwärtigen Stand der preussischen Wahlrechtsfrage und den endgültigen Zusammenbruch der welfischen Bewegung erkennen lassen, daß die Beschwörungen und Bormühen, es fehle der Regierung an genügender Stärke und Willenskraft, in den tatsächlichen Verhältnissen keine Begründung finden. Völlends ist nicht abzusehen, wie solche Bormühen und Angriffe gegen einen Staatsmann erhoben werden können, der vor dem Herrnhause die Aufrechterhaltung der unverminderten Stärke der Armee unter königlicher Führung, und vor dem Abgeordnetenhaus die Aufrechterhaltung der preussischen Staatsmacht und des Preussentums in seiner bewährten, geschichtlich gewordenen Eigenart proklamiert. Die Armee und der preussische Staat sind die beiden kraftvollsten Träger des deutschen Reichs- und Staatsgedankens, sind die festesten und verlässlichsten Säulen unserer nationalen Zukunft. Deshalb hat eine Regierung, die an die Erhaltung und Stärkung dieser Bürgschaften ihre Kraft setzt, Anspruch auf volles Vertrauen und kraftvolle Unterstützung bei allen denjenigen Parteien, die mit ihr an den bewährten Grundgedanken staatsverhaltender Politik festhalten.“

Die Auslassung der „Berlin. Polit. Nachr.“ soll sich offenbar gegen die Rede des Grafen von Hertzenhausen und

gegen die des Abgeordneten Binkler im Abgeordnetenhause (Steuerprinzip) richten. Die „Berlin. Polit. Nachr.“ zielen offensichtlich direkt gegen die Konservativen, das leuchtet ein, sie gehen aber nicht zum Angriff über, sondern sie wehren nur Angriffe ab. Vielleicht liegt hierin ein Symptom für die nächste Zukunft, für Dinge, die sich augenblicklich noch nicht klar erkennen lassen, sondern sich erst vorbereiten.

Leipzig, 15. Januar.

In einem Artikel, der sich mit der derzeitigen politischen Stellung des Reichskanzlers beschäftigt, schreiben u. a. die „Leipz. Neuzeit“: „Nur in einem Punkte blieb er hiezig: Wenn die jüngste Steuererhebung die Rechte der Einzelstaaten verletzte, so lag die vornehmste Schuld nicht bei ihm, sondern bei jenen Parteien, bei den Konservativen und dem Zentrum, die durch die Ablehnung der Erbschaftsteuern ihn zwangen, den unwillkommenen Weg zu betreten, direkte Steuern für das Reich zu fordern. Aber gerade mit dieser Feststellung wird er den Zorn der Rechten nur noch schüren, die Geschichte aller Kanzler nach Bismarck aber hat es erwiehen, wie schwer der Groll dieser kleinen, aber mächtigen Partei auf dem Schicksal eines leitenden Staatsmannes lastet. Oder sind Graf Caprivi und Fürst Bismarck nicht dem großen Achilleus der Rechten zum Opfer gefallen? Und ist unter all den Kämpfen, die selbst Fürst Bismarck zu führen hatte, einer so schwer gewesen wie der Kampf gegen die konservativen Deputierten?“

Reichstag gegen Hertzenhausen.

Berlin, 14. Januar.

Im Reichstag gab heute vor Eintritt in die Tagesordnung der Präsident Dr. Kaempff folgende Erklärung ab:

„In der letzten Sitzung des Herrenhauses hat sich ein Mitglied desselben dahin geäußert, daß die Art, wie der Beibringungsgegenstand angenommen wurde, darauf schließen ließe, daß die nationale Gesinnung überall im Anwachsen begriffen sei, daß aber die berufene Vertretung des deutschen Volkes jene Gesinnung, die in der Wählerchaft lebendig gewesen sei, habe vermissen lassen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!) Es steht selbstverständlich den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten das Recht zu, Kritik an dem Verhalten des Reichstages zu üben, ebenso wie der Reichstag dieses Recht gegenüber den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten für sich in Anspruch nimmt. Wenn aber dem Reichstag der Vorwurf gemacht wird, daß er nationale Gesinnung habe vermissen lassen, so liegt hierin namentlich auch angelegentlich der Tatsache, daß das Geis

Zwischen zwei Mühlsteinen.

Roman von Marie Stöckl.

„Wie schön Sie aussehen, das klassische Gewand ist für Sie das Richtige“, bemerkte er und umfing ihre ganze Gestalt mit einem Blick warmer Bewunderung, der wie eine weiche, tosende Welle über sie hinglitt.

Das Ehepaar Korzenius hatte sich unterdessen gegemut, niemand weiter zum Souper aufzufordern, denn nach dem ermittelnden Tag war man abgepannt und wollte im kleinen gemütlichen Kreis bleiben.

Der Abend, der nun folgte, brachte Erda ein so tiefes, reiches Glücksempfinden, daß ihr alles ausgestandene Leid klein und unwesentlich erschien.

Korzenius verstand es, in dem großen Büfetsaal das ungehörteste Klagen zu erobren und eine ausserlesene Speisekarte mit der besten Weinmarken zusammenzustellen. Erda wußte zwar kaum, was sie es und trant, erbot sich aber bei dem guten Mahl bald von aller Müdigkeit und fühlte jede Erden schwere weichen. Zu ihrer Freude sah sie, daß auch Frau Korzenius sich belebte und sichtlich aufatmete. Tessa's Nähe und Anwesenheit hatten wie ein Druck auf ihr gelegen mit der Frucht, daß sie auf neue ihre Macht über den Gatten geltend machen und ihn in ihre Netze ziehen konnte. Und als Korzenius sich entfernt hatte und lange abwesend blieb, trieb sich ihre Stimmung mehr und mehr. Sie argmaßte, er habe sich wieder mit Tessa gefunden. Als sie hörte, er sei die ganze Zeit über mit Speerholz zusammen gewesen, heiterte sich ihre Miene soß zu strahlender Freude auf. Sie hatte erfahren, was Speerholz getan, den Bruch mit Tessa herbeizuführen, und daß ihr Gatte es jetzt trotzdem mit ihm hielt, bewies wohl zur Genüge sein Nachgeben und seine Einsicht, der Notwendigkeit ein Ende zu machen. Der Glanz ihrer Augen und ihre aufblühenden Wangen verrieten Erda, wie sie sich gefühlt, wenn sie geglaubt, gegen den Gatten ertattet zu sein. Es lag wohl in der

Natur dieser Frau, daß sie da, wo sie einmal ihre ganze Seele verkehrt, nie mehr loskommen konnte.

Korzenius zeigte sich heute von der besten Seite; und erwiderte seiner Frau Rückfichten, die fast herzlich waren; jedenfalls lag ihm daran, sich die gute Meinung des Professors zurückzugewinnen. Vielleicht hatte auch ein kleines Rencontre, das er mit Tessa gehabt, dazu beigetragen, ihn die Dinge im rechten Lichte sehen zu lassen. Am Bewußt waren sie sich begegnet, er packte den Augenblick ab, wo sie zufällig allein war, denn begrüßen mußte er sie doch. Er hatte ihr die Hand gefaßt und bitend gesagt: „Wir bleiben doch Freunde fürs Leben?“

„Es kommt auf dich an, ich werde dich wohl noch manchmal brauchen“, antwortete sie gleichmütig und gab ihm dabei deutlich zu verstehen, was sie unter dieser Freundschaft verstand.

„Du hast hoffentlich eingesehen, daß ich in einer Zwangslage bin“, bemerkte er darauf; denn obgleich ihre kühlen Worte ihn verletzen, konnte er sich nicht dem Zauben erziehen, den ihre Person stets auf ihn ausübte. Die Atmosphäre dieser Frau, die ein Gemisch höchsten Raffinements und feinsten Sensualität war, blieb für ihn verhängnisvoll. Er genoß sie mit jeder Faser und mit jedem Nerv, es gehörte das Verhängnis des ausgelesenen Feindmachers dazu, um sie ganz auszunutzen. Eine ähnliche Anziehung hatte in seinem ganzen Leben nur seine Gattin auf ihn ausgeübt, nur daß ihre außerordentliche effektive Sinnverfeinerung mehr auf feilichem Gebiete lag und sich verweigernde, während bei Tessa Reales und Ästhetisches reiflos aufging.

„Lieber Klems“, erwiderte Tessa mit ihrem abgründigen Lächeln, „das ganze Leben ist eine Zwangslage, seitdem wir aufgehört haben, uns gegenseitig aufzutreffen und popierene Gesetze machen. Es kommt nur darauf an, wieviel Kraft und Mut der einzelne aufbringt, um zur Freiheit zurückzufinden über die Fäden und Schranken der sogenannten Kultur hinweg, die nichts ist als ein sicherer Stall für das Herdentrieb.“

Es gibt da noch ein Königreich für die Starcken, die Überragenden, aber wenige wissen es und noch weniger finden den Weg. Und wenn sie ihn finden, schrecken sie vor den Gefahren zurück, denn er wird von den giftig-schwollenen Drachen Leid, Bosheit und Philtistertugend bewacht. Ich hielt dich für den Starcken, der die Stalltür einschlagen, Schloß und Riegel sprengen und die grüne Wiese unter freiem Himmel finden würde, bis ich erfuhr, daß auch du nur ein Angimeier und ganz zahmer Krippehengst bist, der den warmen Stall der frischen Himmelsluft vorzieht. Zuerst war mein Zorn über die falsche Enttäuschung so groß, daß ich dich zum Tode verurteilte. Aber du kamstest mich und lüchtest zur rechten Zeit Schutz vor mir. Ich ging mit geladenem Revolver in dein Haus und wollte dich niederschleichen. Nachträglich bin ich froh, daß nicht eine Tragödie, sondern eine Farce aus der Sache wurde. Sie verdient so große Emotionen nicht. Es wäre widerfingig, einen braven Bourgeois den Tod eines Viebeshelden sterben zu lassen. Es steht ihm viel besser an, sich mit Posteten und getrüffeltem Puter Leberverdickung anzumästen. Du bist sicher vor mir, ich werde deinem unabwendbaren Schicksal nicht vorgreifen.“

Berlin, 14. Januar. Am Saufe Königinstraße 11 in Charlottenburg hat am Dienstag abend die Frau des Briefträgers Wegener sich und ihre beiden Knaben vergiftet. Frau Wegener und das jüngste Kind sind tot, der stährige Knabe wurde noch lebend aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt. Frau Wegener lebte mit ihrem Manne bis vor kurzem in gutem Einvernehmen. Anfechtigkeiten zwischen den Eheleuten entzündeten, als eine andere Frau in den Kreis der Familie trat. Frau Wegener glaubte sich zurückgesetzt und hat am Dienstag abend den Vorfall getakt, sich und ihre Kinder aus dem Leben zu schaffen.

Berlin, 13. Januar. Ein Brauer, der mit seiner Frau Streit hatte, warf dieselbe aus dem dritten Stockwerk zum Fenster hinaus. Die Frau wurde, da sie schwer verletzt war, ins Krankenhaus gebracht, der Täter kam in Haft.

über den Wehrbeitrag vom Reichstage mit übermäßiger Majorität angenommen worden ist, eine Beileidigung des Reichstages (Zufünftimmung), die ich von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit zurückweise. (Sehhafter Beifall.)

Graf York von Wartenburg hatte in seiner Herrenhausrede davon gesprochen, daß das Nationalitätsgesetz in dem Erinnerungsjahre 1913 nicht denjenigen Aufschwung genommen habe, den man von ihm erwartet hatte. Überall, auf dem flachen Lande, in den kleineren Städten und auch in den Großstädten bis in die extrem liberalen und mittleren Volksschichten hinein habe patriotische Begeisterung und Anhänglichkeit gegen das Herrscherhaus und die Bereitwilligkeit vorgeherrschet, für die Ehre des Vaterlandes auch die schwersten Opfer zu bringen. Dann fuhr er fort: „Die Art, wie der Wehrbeitrag vom Reichstage aufgenommen und bewilligt wurde, ließ darauf schließen, daß die nationale Begeisterung überall im Wachsen begriffen sei. Leider ist aber die notwendige Verstärkung der Armee nicht ohne die widerwärtigen Debatten, nicht ohne wiederholte Verleumdungen des Eingriffs in die Kommandogewalt, nicht ohne sonstige höchst bedenkliche Konsequenzen zustande gekommen. Die Demokratie verurteilt bei dieser Gelegenheit auf Kosten der Regierung und des Kaisers ihre Macht zu vergrößern, und zwar auch auf Kosten der Einzelstaaten!“ — Mit ausdrücklichen Worten hat also Graf von Wartenburg dem Reichstage die nationale Begeisterung nicht abgesprochen.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 14. Januar.

In der heutigen Sitzung wurde über den Etat debattiert. Abg. Freiherr von Zedlitz (fronk.): Die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Wehrfrage wird zweifellos alle Parteien des Hauses befriedigen und der weissen Agitation in Hannover den Boden abgraben. (Beifall.) Auch wir wünschen eine Verlängerung der Frist für die Abgabe der Deklaration zum Wehrbeitrag. Die preussische Steuerverwaltung hat sich für die große Arbeit aus dem Wehrbeitrag und der Ergänzungsteuer ansehnlich nicht genügend geküffelt, vielleicht können die Arbeitskräfte noch nachträglich vermehrt werden. Aber die Frage der Aufhebung der Steuerzuschläge können wir uns heute noch nicht entscheiden, das muß einer Neuordnung der Einkommensteuer vorbehalten bleiben. Auch das Weichen der Konjunktur erhebt Vorbehalt. Wenn die jetzige Zoll- und Wirtschaftspolitik gehalten bleibt, wird es uns gelingen, die schwache Konjunktur zu überwinden. In der Wehrreform stehe ich auf dem Standpunkt der Regierung. Beim letzten Wahlkampf hat sich gezeigt, daß ein dringendes Verlangen in der Bevölkerung, hals über Kopf das Wahlrecht zu reformieren, nicht vorhanden ist. Daß ein paar bürgerliche Mandate an die Sozialdemokraten verloren gegangen sind, wird weitaus durch die Stärkung der wahrhaft nationalen Richtung innerhalb der national-liberalen Partei aufgewogen. (Heiterkeit.) Die Arbeiterklasse hat in dem Reichstagswahlrecht genug (Sachen links.) Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen so nur die Klassenherrschaft. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen Freiheit und Recht. (Abg. Hoffmann: Zedlitz und Freiheit!) Heiterkeit! Es liegt dringend im Interesse des Reichs und der Reichspolitik, daß Preußen in seiner Eigenart als selbständige Monarchie erhalten bleibt. (Beifall rechts.) Dazu gehört auch das preussische Wahlrecht, denn das ist eine preussische Eigenart. (Zurück links: Althering!) Die Sozialdemokratie hat im Reichstag mit ihrem Votum vom 4. Dezember vorigen Jahres insofern einen etwas größeren Erfolg erzielt, als sie bei der Aktion die leitende Stellung eingenommen hat; die bürgerlichen Parteien der Mitte haben sich verhalten lassen. (Sehr richtig!) rechts, große Unruhe und Widerspruch in der Mitte und links.) Kollege Köchling hat gestern in nicht mißzuwertender Weise das erkennen lassen. (Abg. Hoffmann ruft: Bravo Köchling!) Die Sozialdemokratie geht darauf aus, die Macht des Reichstages auf die kaiserliche Kommandogewalt auszudehnen. Wenn sich die Sozialdemokratie auch gemauert hat und nicht mehr, wie der alte Liebknecht noch sagte, das letzte Ziel in der Errichtung des Zukunftsstaates mit der Revolution auf der Straße verfolgt, sondern, wie Liebknecht junior uns hier droht, hat, die Feste des Staates mit dem Generalfreistrahler auszuhängen gedenkt, so ist gerade deshalb das Meer auch eine zuverlässige Waffe gegen den inneren Feind. (Sehr richtig!) rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten. Die Frage der Reichsbeständigkeit der Kabinetsordnung von 1820 muß untersucht werden. (Zurück bei den Sozialdemokraten: Frei nach Jagow!) Für die Frage, ob die Kabinetsordnung Gesetzeskraft hat, ist entscheidend, ob sie ein Gesetz oder lediglich eine administrative Anordnung ist. Im letzteren Falle könnte sie als weiter gültig nicht angesehen werden. In den über 60 Jahren nach Erlaß der Verfassung ist in Preußen niemals von ihr Gebrauch gemacht worden, weil die preussischen Zivilbehörden ihre Pflicht kannten und getan haben. (Sehhafter Beifall rechts, Unruhe links.) Wenn heute in Elsaß-Lothringen davon Gebrauch gemacht worden ist, so ist eben die dortige Verwaltung im vorliegenden Falle nicht auf der Höhe der preussischen gewesen. (Sehr richtig!) rechts.) Hoffentlich wird der Reichsanwalt die Elsaß-Lothringische Beamtenerschaft an Haupt und Gliedern reformieren. (Sehhafter Beifall rechts.) Die Wirkungen des sogenannten Wehrbeitragsvotums vom 4. Dezember stellte die demokratische Presse so dar, als sei der Reichsanwalt ein vom Mißtrauensvotum getriebener Mann. Diesen Eindruck habe ich gestern nicht erhalten. So richtig und fröhlich habe ich den Reichsanwalt noch nicht gesehen. Wenn die demokratische Linke des Reichstages hofft, die Parlamentsregierung dem Bundesrat und der Reichsregierung aufzuzwingen, die Exekutive zu beschränken, die Umwandlung des Reichstages in einen unparlamentarischen Konvent anzubahnen, so beruht diese Hoffnung entschieden auf der Schwäche, die die Regierung verschiedentlich gegenüber den Anprühlern des Reichstages gezeigt hat. Der demokratischen Linken des Reichstages ist dadurch der Kamm geschwollen, und sie glaubt, den Kampf um die Macht mit der Regierung aufnehmen zu können. Wir fordern, daß im Bundesrat sich der Einfluß Preußens voll geltend macht und daß dafür georgt wird, daß der preussische Einfluß im Reiche voll erhalten bleibt, nicht nur im Interesse Preußens, sondern im Interesse des Reiches. (Sehhafter Beifall rechts.)

Finanzminister von Lenke: Ich bin bereit, die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag bis zum 31. Januar zu verlängern. (Beifall.) In den Ausführungsanweisungen des Bundesrats ist den einzelnen Staaten auferlegt worden, die Vermögenserklärungen bis zu diesem Termin einzulegen. Eine Verlängerung darüber hinaus kann nur dann erfolgen, wenn im einzelnen Falle nachgewiesen wird, daß eine Verlängerung absolut notwendig ist. Es liegt auch im Interesse des preussischen Staates und der Steuerzahler, diese Erklärung nicht allzuseitig hinauszuschieben, da mit der Erklärung zu dem Wehrbeitrag auch die Einkommensteuer verbunden wird, und diese würde so über Gebühr hinausgezogen werden. Auch würden beide Steuern dann nicht hintereinander fällig werden. Der Grundbesitzer braucht ja an sich keine weitere Erklärung abzugeben, als die Angabe, ob der Ertragswert oder der gemeine Wert seines Grundbesitzes zugrunde gelegt werden soll. Nur diejenigen Personen, welche ein größeres Gewerbe betreiben, haben, je nachdem sie ihre Bilanz für 1912 oder 1913 zugrunde legen wollen, verschiedene Wege: Wer die Bilanz von 1912 zugrunde legt, hat schon alle Zahlen und kann die Erklärung abgeben. Wer die Bilanz für 1913 benutzen will, kann einen entsprechenden Antrag auf Hinausschiebung des Termins stellen, die ihm dann gewährt wird. Gewiß war es jederzeit die Absicht des Abgeordnetenhauses, daß die Steuerzuschläge nur auf Zeit bewilligt wurden, und daß sie, wenn sie nicht mehr notwendig wären, wieder aufgehoben würden. Dem hat aber die Regierung festigen Widerstand entgegengesetzt. Sie machte das Zustandekommen der Beamtenbefreiung davon abhängig, daß die Steuerzuschläge dauernd bewilligt würden. Sie sollten in eine Finanzgesetznovelle hineingearbeitet werden, die Ihnen vor 2 Jahren auch vorgelegt wurde. Ich habe eine Aufhebung der Steuerzuschläge nicht in Aussicht gestellt. Die Finanzlage war auch weder im vorigen, noch in diesem Jahre derart, daß man sie in Wegfall kommen lassen könnte. Wir haben ja auch keine anderen Steuerquellen. Dazu kommt, daß noch ein ziemlich starker neuer Bedarf vorliegt, durch die Veränderung der Verordnungen und durch den hier im Hause verschiedentlich verlangten Ausgleich der Kommunalstellen, der sich auch nur ermäßigend löst, wenn der Staat in seine Tasche hineingreift. Es muß ein Finanzprogramm geschaffen werden. Eine gesetzliche Bindung soll nicht stattfinden. Ich hoffe, daß das hohe Haus daran mitwirken wird.

Abg. Dr. Wiemer (Sp.) polemisiert gegen die Rechte und fragt den Minister des Innern, welche Schritte er gegen den Berliner Polizeipräsidenten von Jagow wegen dessen Ertrouir in der Zauberei Affäre zu tun gedenkt.

Minister des Innern von Dallwitz: Ich habe aus Anlaß der Sturmstufschäden an den pommerischen Küsten Erhebungen über den Umfang des entstandenen Schadens angeordnet und zugleich nicht unerhebliche Mittel zur Ueberwindung der ersten Not zur Verfügung gestellt. (Sehhafter Beifall.) — Zum erhöhten Schutz der Arbeitswilligen habe ich die Oberpräsidenten aufgefordert, Verfügungen zu erlassen, die die Schuldeute ermächtigen, gegen Streifposten einzuschreiten, nicht bloß, wenn sie den Verkehr hemmen, sondern auch, wenn die Arbeitswilligen in Gefahr geraten. — Die Initiative zu einer Wahlsreform sollte nun, nachdem der Entwurf der Regierung abgelehnt worden ist, von den Parteien ergriffen werden, die das größte Interesse daran haben, also von den Freunden des Abg. Dr. Wiemer. Der Polizeipräsident von Jagow hat die Bildung einer Berufsvereinigung von Schutzleuten nicht genehmigt, da es sich um eine militärische Truppe handelt, deren Disziplin aufrechterhalten werden muß, und dieser Standpunkt ist von der Regierung genehmigt worden. Der Polizeipräsident von Jagow hat, wie hier bemängelt worden ist, aus Anlaß der Beurteilung eines Militärs mit Namensunterschrift, aber ohne Amtsschreiben, in einer hiesigen Zeitung ein Urteil abgegeben. Für die Beurteilung, ob dieses Vorgehen einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren und eine angelegliche Beurteilung des Richterkollegiums ist, ist doch von Bedeutung, daß ein solcher Eingriff doch nur von einer übergeordneten Behörde ausgehen kann, aber nicht von einem amtlich in dieser Sache völlig unbeteiligten Beamten. Man kann es nicht aufheben, wenn Beamte in ein schwebendes Verfahren ohne zwingenden Grund und noch dazu in einem noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahren in der politischen Tagespresse kritische Bemerkungen knüpfen, selbst dann nicht, wenn diese Bemerkungen rein juristischen Charakters sind. Richterlichen Behörden gegenüber muß Zurückhaltung Platz greifen. Ich höre die Stellung des Beamten ist, um so höher empfiehlt es sich auch, die Linie der Zurückhaltung zu ziehen, schon aus der gebotenen Rücksicht auf Andersdenkende und übergeordnete Behörden. ... Wenn von mir nun aber Auskunft über etwaige Vorhaltungen verlangt wird, die aus Anlaß eines derartigen Falles dem betreffenden Beamten gemacht worden seien, so muß ich ein derartiges Verlangen mit aller Bestimmtheit ablehnen, weil das in Preußen nicht üblich ist, interne dienstliche Vorkommnisse in der Öffentlichkeit zu erörtern, und weil es allein Sache des Ressortchefs ist, ob und in welcher Weise er den ihm unterstellten Beamten seine Zustimmung oder seinen Dissens aus Anlaß eines Einzelfalles zu erkennen geben will. (Sehhafter Beifall, Unruhe und Zurufe links.)

Das Urteil im Prozeß von Reutter

wird von dem Staatsrechtslehrer Professor Dr. Rehm in der „Straßb. Post“, wie folgt, glossiert: „Das Verdict war kein Dienst- und kein Ehrengericht. Es hatte also nicht zu prüfen, ob der Oberst eine Dienstpflicht oder Standeshhre verletzt hat. Sondern es war ein Strafgericht. Hier ist meine Meinung: Das Kriegsgericht hat die Frage des strafbaren Verhaltens richtig entschieden bis zu dem Augenblicke, wo das Festhalten im Keller ein längeres wird. Die Verhafteten durften nicht zur genauen Vernehmung und über Nacht festgehalten werden. Bis dahin denkt den Oberst verwaltungsrechtlicher Arttum, nach der Unterredung mit dem Regierungssammler nicht mehr. Vorher war das Vorgehen nur objektiv unredlich. Nach der Kabinetsorder vom 17. Oktober 1820, die der Öffentlichkeit unbekannt war, kann der Garnisonsteife bei einem die öffentliche Ruhe bedrohenden Zutritt, wenn nach seiner Meinung die Zivilbehörde mit Requisition zu lange zögert, die Polizeigewalt (Oberst Reutter nannte es irrtümlich Belagerungszustand) übernehmen. Allein diese Order — sie ist eine Verordnung, kein Gesetz, weil nicht in der Gesetzgebung verübtigt — gilt weder in Preußen noch in Elsaß-Lothringen, in Preußen nicht gemäß preussischer Verfassung Art. 109, weil sie Art. 36 der Verfassung zuwiderläuft; in Elsaß-Lothringen nicht, weil hier weder Art. 36 der preussischen Verfassung noch die Order von 1820 eingeführt wurde. Allein dem Oberst kann die Kenntnis dieser Rechtslage nicht zugemutet werden, weil die Order von 1820 noch in dem Reudruck der Dienstvorschriften für die preussische Armee von 1899 steht. Also subjektive Freiheit von Strafe. — Anders liegt die Sache mit dem längeren Festhalten, um durch eigene Vernehmung Beweismittel für Verurteilungen sicherzustellen und um neuen Auftritten, wie sie bei der Überführung in der Nacht zu befürchten sein konnten, vorzubeugen. Hier hat das Gericht handeln in guter Absicht und in gutem Glauben verwechselt. Bei dem klaren Wortlaut der Kabinetsorder läßt sich insofern nicht mehr von fahrlässiger Überschreitung der Amtsbefugnisse reden. Die Kabinetsorder erlaubt und verpflichtet den Befehlshaber, den Befehl zu übernehmen, bis die durch den Zutritt gestörte Ruhe wieder hergestellt ist. Das Recht, die Polizei zu behalten, um neuen Auftritten vorzubeugen und Verhaftungen sicherzustellen, verleiht die Order nicht. Somit hat der Oberst in guter Absicht, aber vorzüglich eine fremde Amtsbefugnisse behalten und widerrechtlich die Freiheit entzogen. Das Verhalten eignet sich zur Begnadigung, nicht aber zum Freispruch.

Berlin, 14. Januar. Infolge der Zauberei Vorfälle hat der Reichsanwalt von dem Statthalter Bericht erbeten über die zur Festigung der vorhandenen Kompetenzkonflikte zwischen Kommunalbehörden und dem Militär zu ergreifenden Maßnahmen. Außer gegen den Kreisdirektor von Unterelsaß sind auch gegen die Stadtbehörden von Zabern einschlägliche der Polizei Disziplinarverfahren von Amts wegen eingeleitet. Der Geheimschreiber auf Vernehmung der Strafbestimmungen gegen die Festigkeit der fremdsprachigen Zeitungen im Reichsland soll noch in diesem Monat im Bundesrat, wo es bereits seit Ende November vorliegt, verabschiedet werden.

Straßburg, 14. Januar. Die oberste Landesbehörde eruchte die Polizeibehörden des Reichslandes um Bericht über die im Elsaß als Berichterstatter tätigen französischen Journalisten.

Straßburg, 14. Januar. Im Prozeß gegen Oberst von Reutter verzichtete der Gerichtsherr auf Einlegung der Berufung, womit das freisprechende Urteil rechtskräftig geworden ist.

Frankfurt, 14. Januar. In Sachen des verurteilten Kronprinzentelegramms an Oberst von Reutter ist von der kaiserlichen Staatsanwaltschaft in Zabern das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet. Die Vorberhebungen haben ergeben, daß die erste Nachricht über das gefundene Telegramm nur durch Vertrauensbruch einer amtlichen Stelle in den Besitz des Straßburger Korrespondenten der Frankfurter Zeitung gelangt sein kann.

Ein Mordanschlag auf Scherif Pascha.

Die Angel und der Dolch sind stets die wirksamsten Mittel gewesen, mit denen die Angutriten ihre politischen Gegner niedergelämpft haben. Jetzt trifft die Kunde von einem neuen, glücklicherweise nicht gelungenen Mordanschlag ein, der auf das Konto des „Komitees für Einheit und Fortschritt“ gesetzt werden muß.

Am Mittwochvormittag ist in Paris auf den Führer der radikalen türkischen Partei, den General Scherif Pascha, den ehemaligen türkischen Gesandten in Stockholm, ein Mordanschlag in seiner Wohnung verübt worden. Ein junger Mensch erschien dabeifst und verlangte dringend, von Scherif Pascha empfangen zu werden. Der Kammerdiener des Generals verweigerte dies, worauf der junge Mann einen Revolver auf ihn abfeuerte und ihn verumdete. Infolge des Knalls eilte der Schwiegerjohn Scherif Paschas, Saif, herbei und tötete den Angreifer, dessen Identität bisher nicht festgelegt werden konnte, durch einen Revolvererschuss. Es handelt sich allem Anschein nach um ein politisches Attentat. Scherif Pascha gibt in Paris seit einigen Jahren eine Zeitschrift unter dem Titel „Mehceruette“ heraus, in der das jungtürkische Komitee für Einheit und Fortschritt aus heftigste Befehdet wird. Scherif Pascha ist übrigens vor Jahresfrist von der jungtürkischen Regierung zum Tode verurteilt worden.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Januar. (Hofnachrichten.) Seine Majestät der Kaiser hörte gestern im Neuen Palais mehrere militärische Vorträge. Nähere Nachrichten liegen nicht vor.

Neuwied, 14. Januar. In der Presse wurde erwähnt, daß der Tag der Ankunft des Prinzen Wilhelm zu Wied in Durazzo bereits festgesetzt sei und zwar auf den 20. Januar. Wie die „Neuw. Ztg.“ aus guter Quelle erfährt, kann von der Festsetzung irgend eines Termins der Ankunft in Durazzo keine Rede sein. Die Zurückhaltung dürfte damit begründet sein, daß die internationale Anleihefrage noch der Erledigung harret. Sobald diese durchgeföhrt wird, steht dem Empfang der albanischen Delegation nichts im Wege. Der Empfang findet voraussichtlich in Neuwied statt.

Provinz und Umgegend.

Mücheln, 13. Januar. Die Statthalterorden lehnten den Antrag des Magistrats auf Genehmigung von 10 000 Mark zum Bau der elektrischen Kleinbahn Merseburg-Mücheln ab, da für die Gehaltssteuere Schädigungen durch die neue Bahnlinie erwartet werden.

Schwendt, 12. Januar. Über die heutige Sitzung der Stadtverordneten schreibt u. a. das „Wochenbl.“: Das Effertandbahn-Projekt lebt wieder auf und zwar hat sich der herr Landrat dieses Unternehmens, das schon viele Jahre schwebt, mit besonderer Aufmerksamkeit angenommen. Nach einem Schreiben haben die interessierten Gemeinden sich vorwiegend zu größeren Beitragsleistungen bereit gefunden, besonders im Saalkreis, nur der Merseburger Kreis zeigte etwas Zurückhaltung, da hier erhebliche Landerwerbungen in Frage kommen.

1910 hatte sich die Stadt Scheidebühl nicht dazu bereitfinden können, die Wanderwerbstoffen, die sich auf 100- bis 150 000 Mark belaufen, zu übernehmen. Wohl aber sollten 60 000 Mark Aktien der Bahn übernommen werden. Nun hat sich das Bild etwas verholten. Die Munerzie zeigen erneutes Interesse an dem Projekt und auch Scheidebühl steht ihm nicht ablehnend gegenüber. Herr C. Schaefer als Referent vermittelte sich eingehend über die Materie und empfahl den Magistratsvorschlag zur Annahme, wonach die Stadt bereit ist, die Hälfte der Kosten für die Erwerbung der fraglichen Landstücke zu tragen, wenn der Kreis zu den Erwerbungsarbeiten die andere Hälfte beisteuert. Die Stadt kauft, wie Herr Bürgermeister Schmidt erläuterte ausführlich, daran die Bedingung, daß der Bahnhof an der Halle-Leipziger Causee zur Errichtung kommt, und daß eine Stichbahn gebaut wird, die den Güterverkehr von der Staatsbahn nach der Elsteralbahn regelt. Im Kollegium war die Stimmung allgemein für die Bahn, jedoch der Magistratsvorlage im Prinzip zugestimmt wurde.

Erfurt, 14. Januar. Der Vorstand des Konserativen Vereins zu Erfurt hat an den Obersten von Neutter folgendes Telegramm gerichtet: „Danke und Hochachtung dem Manne, der seine Person eingesetzt hat für die Ehre und das Ansehen des deutschen Heeres! — Der Vorstand des Konserativen Vereins in Erfurt. — Schettler.“

Erfurt, 14. Januar. In der vergangenen Nacht stürzte der Schneidermeister, Himmelsreich aus Groß-Montra bei Köttele vermuthlich infolge eines Schwindelanfalls von der steinernen Eingangsstrepe eines Hotels am Bahnhofsvorplatz rücklings ab. Er trug einen schweren Schädelbruch davon, an dem er auf der Stelle starb.

Groß-Gräfendorf, 14. Januar. Der langjährige Amtsversteher Wagner hat, einer Wittermeldung zufolge, sein Amt niedergelegt.

Planen, 14. Januar. Die im städtischen Krankenhaus lätige Kranenpflegerin Wagner verübte in der Erregung über einen Zoff mit Kolleginnen am Dienstag abend Selbstmord, indem sie sich vergiftete.

Ilmenau, 12. Januar. Hier starb der Fabrikarbeiter Louis Klopff an den Folgen eines Fyritrites, den ihm ein anderer Arbeiter in einer Gastwirtschaft nach kurzem Wortwechsel verpficht hatte. Der Verstorbenen hinterläßt eine Witwe mit sechs unmündigen Kindern. Die gerichtliche Verfolgung ist eingeleitet.

Vermischtes.

Tosio, 13. Januar. Der vulkanische Ausbruch auf Satorafschima begann am Sonntagabend. Ungeheure Felsblöcke schlugen über 800 Meter hoch und über 30 Kilometer weit. Lavaströme flossen an dem Berge herab und begruben drei Dörfer. Die Einwohner flüchteten auf das Gestell und mußten ihnen mühen umkommen sein. Aus Feuer sprang auf einen Wald auf dem Gestelle über. Weitere Ausbrüche ließen brennende Lavaströme sich nach Kagoshima hinüber und ließen diese Stadt in Brand. Auch hier kamen Hunderte von Einwohnern um. Die Fliehenden führen in Güterwagen nordwärts, sind im Abend um die 1000 Einwohner zählende Stadt Japen vollkommen verlassen. Ein in Kamato getrennt eingefrorenes Telegramm berichtet, daß der Telegraphist der einzige in Kagoshima zurückgebliebene Beamte sei. Die ganze Stadt sei in Asche und Rauch gehüllt. — Amtliche Mitteilungen belegen, daß eine Flutwelle die Schreden des Vulkanausbruchs auf Satorafschima vermehrt habe. Hunderte von Häusern seien zerstört oder beschädigt worden, viele Einwohner getötet oder verletzt. Immerhin glauben die Behörden, daß größere Menschenverluste nur auf der einen Insel vorgekommen seien.

Bad Wüdingen, 14. Januar. Der Hofmeister Thiele von der beackerten Domäne Walddorf ließ auf dem Bahnhof Walddorf einen Briefen verlesen. Der Brief lautete, daß sich Thiele und seine Frau auf Thiele, den es lebensgefährlich verlegte. Im Krankenhaus ist Thiele verstorben.

Botropf (Westfalen), 14. Januar. Hier hat im Laufe des heutigen Tages der ausländische Bergmann Zeit seiner Frau und einem sibirischen Kinder mit einem Koffermeister die Seele durchschmitten und sich lobann selbst an einem Bettelstufen erhängt. Die Verdröbte Tat hat einen entsetzlichen Hintergrund. Der Mann hatte mit seiner 17jährigen Tochter unerlaubten Verkehr gepflogen, der zur Erfüllung einer Anklage wegen Blutschande geführt hatte. Um sich der Strafe zu entziehen, verübte er heute die schreckliche Tat.

Stuttgart, 14. Januar. Zu dem Luftmord in Zübingen, der dieser Tage verurteilt wurde und wofür bereits hinstellte, wird gemeldet: Es handelt sich bei dem ermordeten Mädchen und die 17jährige Irma Desauer. Als mutmaßlicher Mörder wurde der 25jährige Hausknecht Karl Maier aus Unterjesingen verhaftet, der dann ein Geständnis ablegte.

Konstanz, 14. Januar. Auf dem Untersee sind, wie wir bereits berichteten, 4 junge Leute durch Sinken eines Bootes beim Sturm ertrunken. Die Namen der Verunglückten, die sämtlich in einer Schiffsreise in Mammern beschäftigt waren, sind: Hugo und Anton Ruf, August Bulte und August Schmidt, alle aus Ohningen.

Dresden, 13. Januar. In dem kleinen jüdischen Drie Falkenau hatte die 5 Jahre alte Tochter des Handwerkmehrs Maringer wiederholt eine Kugel geschußt, trotzdem die Mutter sie ermahnte, nicht in Ruhe zu lassen. Als die Mutter aber neu begannen, wandte sich das Tier gegen das Kind und richtete es furchtbar zu. Dem Kinde wurden die Augen aus den Höhlen gerissen, Nase und Wangen zerfleischt und die Beine durchgehauen. Die Mutter fand ihre Tochter blutüberströmt am Boden liegen. Zwei Stunden später starb das Kind an den erlittenen Verletzungen.

Gerihtszeitung.

Prozeß gegen den Malsenmörder Hoff.

Frankfurt a. M., 13. Januar. Seit gestern wird hier vor dem Schwurgericht gegen den Festschlerer und Kaufmann Hoff verhandelt, der im Laufe der Zeit mehrere seiner nächsten Angehörigen durch Gift getötet hat. Über die heutige Verhandlung wird berichtet: Zeuge und Sachverständiger Dr. Fortmann (Klein-Schwalbach) hat die erste Frau des Angeklagten behandelt. Die Frau habe ihm erzählt, daß Hoff sehr freizügig sei, sie besäße aber guten Einfluß auf ihn. Die Frau konnte sich gut im Laboratorium aus und offiziere fleißig ihrem Mann. Hoff sei ihm immer als Kurpfuscher unter den Tierärzten erschienen. Am 9. Oktober 1902 war er nach Niederhöffeln wieder verlor. Die Frau erzählte ihm, sie habe eine Hochzeit mitgemacht, die er ohne manomaltig gesehen und sich daran den Magen verborben. Sie hatte hartes Erbrechen, Durchfall und Leibschmerzen. Er mußte die Frau häu er noch einen Sanitätär aus Cronberg zugegen. Die Diagnose wurde schließlich auf hochliegenden Darmkatarrh gestellt. Es wurde eine Magen- auspülung vorgenommen, bei der die Frau die Bestimmung wieder und nicht wieder erwahte. Der Zeuge hat Hoff gesehen, er möge ihm eine kleine Sektion im Sarge gestatten, da das Krankheitsbild nicht zu erklären war. Hoff gestattete das auch und der Arzt stellte ein aufgedröhrenes Geschwür am Zwölffingerdarm fest. Bei der Kürze der Zeit und dem mangelhaften Licht — er war mit einer Laterne umgeben — ließen sich nähere Feststellungen nicht machen. — Wie der Hinter dessen Wunde einen Krill in die „Bade“ bringen wollen. — Der Angeklagte erklärt hierzu, man habe ihm gesagt, daß der Zeuge alle mög-

lichen Gerüchte über ihn verbreite; jetzt wisse er aber, daß man ihn darin gefolgt habe. Auf Befragen durch den Verteidiger erklärt der Zeuge, es sei möglich, daß das Krankheitsbild durch einen vererbten Magen entstanden sei, ebensogut aber auch durch Arzeneivergiftung. Er habe selbstverständlich an eine natürliche Todesursache gedacht. Das Erbrechen der Frau sei sehr hart gewesen, bis zu 30mal an Tag. — Richter Zeuge ist der zweite Frau, Kaufmann Schreiber (Frankfurt a. M.), der bekundet, daß sich der Angeklagte im Jahre 1903 seiner Tochter näherte. Der Zeuge war nicht sehr für die Ehe eingenommen, weil der Angeklagte 40 und seine Tochter 20 Jahre alt war. Als er seiner Tochter rief, die Verlobung aufzugeben, drohte Hoff, er werde etwas tun, worüber sich ganz Frankfurt aufregen würde. Die Beschuldigung erfolgte im Herbst 1904. Im Frühjahr 1905 schloß der Angeklagte die Lebensversicherung ab, und zwar zum Ertrauen des Zeugen eine gegenseitige. Kurz nach dem Abschluß der Versicherung sei seine Tochter erkrankt. Im Februar 1906 gebar sie ein Kind, das nicht besonders kräftig, aber normal war. Nach ein paar Tagen erzählte der Angeklagte, das Kind sei krank und werde kaum bairgkommen. Es ist tatsächlich nur 6 Wochen alt geblieben. Nach dem Tode des Kindes sei seine Frau wieder erkrankt. Sie wurde zu ihren Eltern nach Frankfurt gebracht. Der Angeklagte wollte von der Überführung ins Elternhaus nichts wissen; er gab seine Zustimmung nur unter der Bedingung, daß Dr. Fortmann sie dort behandle. Während der 4 Wochen hat der Angeklagte seine Frau nicht besucht und nicht an sie geschrieben. Nach der Rückkehr zu dem Angeklagten sei die Frau wieder erkrankt. Er sei dann zu dem Angeklagten gegangen und habe ihm ins Gesicht gesagt, daß er seiner Frau Gift bebringe. Es gingen in Niederhöffeln aus solche Gerüchte. Der Angeklagte wurde aufgeregt und sagte, man solle ihm Namen nennen. Der Zeuge erwiderte, dann müßte er in Niederhöffeln unten anfragen und oben aufklären. Er habe das Verfahren nicht eingeleitet, weil der Zeuge glaubt, ohne daß eine Prüfung stattfand; nicht einmal eine Hausungung wurde bei dem Angeklagten abgeholt. — Die Ehefrau Schreiber bestätigt die Angaben ihres Mannes. Die Zeugin läßt sich dann noch des längeren über den Tod des Kindes aus. Sie sei eines Tages gerufen worden. Das Kind, das vorher ganz gesund gewesen war, habe sehr gelammert. Ihre Tochter habe geweint, daß sie nun das Kind verlernt würde. Am Abend sei Hoff nach Hause gekommen und seine Frau habe ihn gefragt, ob er ihm eine Einberung verhasse könne. Der Angeklagte habe dann eine gelbliche Flüssigkeit in die Milch gegeben. Abends sei das Kind dann gestorben. Hoff habe getan, als ob ihm der Tod des Kindes sehr nahe ginge. Er sagte, warum ist das das Kind gestorben; warum habe ich nicht an seiner Stelle sterben können.

Sofales.

Mettelburg, 15. Januar. Steuer-Erklärungen. Der preußische Minister der Finanzen erklärte gestern im preußischen Abgeordnetenhaus, er sei bereit, die Frist zur Abgabe der Steuer-Erklärungen bis zum 31. dieses Monats zu verlängern. — Auf die bezügliche Besannmachung des königlichen Herrn Landrats in vorliegender Nummer sei hiermit noch besonders hingewiesen.

Keine Schlafwagen 3. Klasse. Seit einiger Zeit bemühen sich Handelskammern und andere kaufmännische und gewerbliche Interessensvertretungen um Einführung von Schlafwagen 3. Klasse im Gebiet der preußisch-hessischen Staatsbahnen nach dem Muster von Schweden. Aus den Beröffentlichungen geht man nun zum Teil den Eindruck, daß die Schlafwagen 3. Klasse nicht mehr lange auf sich warten lassen würden. Demgegenüber verlautet zuverlässig, daß die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung an die Inbetriebnahme von Schlafwagen 3. Klasse nicht denkt. Damit ist nicht gesagt, daß sie niemals kommen. Aber nach dem Muster Schwedens bei uns zu verfahren, ist ganz undenkbar. Zunächst ist dort ein weit größerer Bedarf für Schlafwagen, weil manche Bahnstrecken so lang sind, daß man überhaupt nur die Gegenden durchfährt und notgedrungen in die Eisenbahn überhanden muß. Dann aber haben diese Schlafwagen auch Kabinen, in denen je sechs Personen zusammenliegen, was für deutsche Verhältnisse keineswegs paßt. Es ist nicht jedermanns Sache, mit fremden Personen in solcher Anzahl einen Schlafraum zu haben. Der Preis beträgt allerdings nur rund 3 Mark für die Fahrt, während bei uns die Fahrt im Schlafwagen 2. Klasse 8 Mark Zuschlag kostet. Dafür werden aber auch ganz andere Annehmlichkeiten geboten.

Mettelburger Musikverein. Das dritte Konzert im königlichen Schloßgartenreale reichte sich gestern abend würdig an die beiden ersten an. In Fräulein Eva Katharina Vismann lernten wir eine Sängerin kennen, die über ansehnliche Stimmkräfte verfügt und eine gründliche und gute Ausbildung genossen hat. Wenn auch ihre Darbietungen namentlich im Anfang infolge einer eben erst überstandenen Erkältung hier und da zu wünschen übrig ließen, so zeigte die Künstlerin doch im weiteren Verlauf des Abends viel Gutes, daß sicherlich alle Besucher des anregenden und gefreudigen Konzerts voll befriedigt waren. Ausgezeichnet war „Maria Wiegand“, und die beiden andern lustigen Sächelchen von Reger fanden ebenfalls gute Aufnahme. Der Löwe des Abends war Herr Severin Eisenberger, der mit Recht hochgeehrte Klaviervirtuose. Er brachte ein sehr interessantes und vielseitiges Programm und spielte, wie das nicht anders zu erwarten war, meisterhaft. Er begann mit der Suite G-moll von Händel, dann folgte Pastoral und Capriccio von Scarlatti-Tauffig und Les Frites von Dandrien-Friedman. Der Künstler wurde durch dreimaliges Herauslachen ausgezeichnet. Den zweiten Teil seiner Vorträge bildeten der große Carneval von Schumann, in dem sich die ganze Kunst des genialen Virtuosen herrlich entfaltete. Nach dieser Glanznummer wollte der Beifall gar nicht enden. Am dritten Teil spielte er Ronzo D-bar von Schubert, Gondellera von List und den hochzeitlich und Eiferreigen von Mendelssohn-Vigt. Von diesen drei Stücken, die alle mit gleicher Meisterhaftigkeit zum Vortrag kamen, gefiel das letzte am meisten, und der lebenswürdige Künstler gab eine Zugabe, und als der Beifall immer weiter durch den Saal brauste, gab noch eine zweite dazu. Der Nachzügler aus dem Magazin Döll zu Halle sprach in allen Tagen prächtig an. Unter den Händen des jungen Meisters lang er wie zarte Geigen und Flöten, bald schmietete er wie Trompeten, bald domierte er wie Pauken. Es war ein Hochgenuß, dem Künstler zuzuhören. — Fr. **Trost.** Das seit einigen Tagen eingetretene Frostwetter hält an. Heute in den Morgenstunden zeigte das Thermometer 12 Grad Celsius. Die Eisenernte im Gange. Der vorbereitete Gottardstrich ist vorläufig für Schlittschuhläufer polizeilich

nach nicht freigegeben worden, vielleicht geschieht es aber in aller Kürze.

Moltkes Vorbereitung des Krieges 1870/71.

Vom Kaiser, Otioman Major im Generalstab Fr. C. Endes. (Fortsetzung.)

Man trank ruhig zusammen den Tee, da schlug Moltke auf einmal mit der Hand auf den Tisch: „Lach! sie nur kommen!“ rief er aus: „Mit oder ohne Süddeutschland; wir sind gerüstet.“

„Allgemeines Ertaunen, aber Moltke sprach nichts weiter und reiste ab.“

In Berlin fand am 13. Juli eine Unterredung zwischen Moltke, Bismark und Roon statt. Bismark, niedergebunden durch das Nachgeben des Königs in der spanischen Thronfrage, sprach die Absicht aus, seine Demission zu geben, als die berühmte Emser Depesche eintraf. Diese Depesche, in der ursprünglichen Fassung, klang, wie Moltke sich ausdrückte, wie „Chamade“. Die Niedergebundenheit der drei großen Männer war dadurch noch gesteigert worden.

Aber in diesem Moment schuf der Reisegeist des Kanzlers eine ganze Zunft! Er rebigierte mit großem Geschick die Depesche, die nun nach Moltkes Wort klang, wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung.“

Sie wurde sie in die Welt geschickt und erreichte, was beabsichtigt war. Wie der Stier auf das rote Tuch, so rannte die französische Regierung auf diese „Fanfare“ los. Das mußte Bismark schon im voraus.

Nun war alle Niedergebundenheit dahin. Moltke, der nur in ganz großen Augenblicken seines Lebens die Ruhe seines Beweises mit großer Beharrlichkeit vertauschte, schlug sich mit der Hand vor die Brust und rief aus: „Wenn ich das noch erlebe, in solchem Krieg unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher „die alte Kartasse“ der Teufel holen!“

Da enthielt uns der große Schweizer ein Stück seiner Natur! Da hören wir nicht den Generalstabschef, sondern den Feldherrn Moltke! den Soldaten, der ganz, ganz Soldat war!

Am 15. Juli abends durchzog der kleine Befehl des ganzen Reichs, der die riesige Mächtfine in Bewegung setzen sollte: „Die Armee ist planmäßig mobil zu machen.“

Und jetzt belohnte sich jahrelange, scheinbar zwecklose Friedensarbeit, jetzt zeigte es sich, mit welcher genialer Voraussicht Moltke die großen Richtungslinien gegeben hatte, wie seine Eisenbahnpolitik militärisch viel wertvoller, wie die Schulung des Generalstabs, der Adjutanten, der Bezirkskommandos in Mobilmachungssachen durchweg auf vernünftiger Basis ruhte, wie man allenthalben die Grenzen des Möglichen erkannt, die notwendige Zeit richtig berechnet hatte.

Die französische Armee wurde proherlich archipret genannt, die deutsche war es.

(Schluß folgt.)

Best, 14. Januar. Die heutige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses gestaltete sich noch stürmischer als die gestrige. Die Opposition — empört darüber, daß der Immunitätsauschuß den Antrag stellen wird, den oppositionellen Abgeordneten Zinsky für 45 Tage und fünf andere Abgeordnete, darunter den Grafen Michael Karolyi und Julius von Tusch, für je 15 Tage auszuschließen — rief beratig wütende Värmfenszen hervor, daß der Präsident zahlreiche Abgeordnete zur Ordnung rufen mußte. Da die von den Sitzungen ausgeschlossenen Abgeordneten die Zuforderung, den Saal zu verlassen, unbeachtet ließen, unterbrach der Präsident die Sitzung und gab der Parlamentswache den Befehl, diese Abgeordneten eventuell mit Gewalt hinauszuführen. Als die Wache diesem Befehl nachkommen wollte, verließen die ausgeschlossenen Abgeordneten unter stürmischen „Eien“-Rufen der oppositionellen Abgeordneten den Saal.

Generalfreist und Kriegsgerecht in Südafrika.

Die Generalfreisten haben sich, wie vorauszu sehen war, gestern in Johannesburg für den Generalfreist entschieden. Dadurch ist die Lage außerordentlich ernst geworden; die Regierung hat sofort das Kriegsgesetz über die Stadt verhängt.

London, 14. Januar. In Johannesburg wurde der Generalfreist proklamiert; die Behörden haben das sofort mit dem Kriegsgesetz beantwortet. Die Regierung hat alle Kohlenvorräte beschlagnahmt; die Konfiskation der Lebensmittel dürfte bald erfolgen, da Fleisch und Milch auszugehen drohen. Die meisten Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt; das Telegraphen-Büro wird fast still liegen. Die Streitenden verhalten sich vorläufig ruhig; sie scheinen selbst einzusehen, daß dies die beste Politik ist. Ihre Leitung verurteilt auf schärfste alle Dynamit-anfänge. Der Streik soll das Land täglich 5 Millionen Markt kosten.

Die Erdbebenkatastrophe in Südjapan.

London, 14. Januar. Aus Newport wird gemeldet: Nach einer Depesche der Remport Sun aus Tokio fürchtet man, daß fast hunderttausend Menschenleben dem Ausbruch des Vulkanes Satura in Südjapan zum Opfer fielen. Die auf dem Festlande mehrere Meilen von der Insel mit dem Vulkan gelegene Stadt Kagoshima ist durch Feuer und Flutwellen gänzlich zerstört worden. Aus Kagoshima wird gemeldet, daß Marineabteilungen Kagoshima erreicht hätten. Der Ausbruch dauert fort. Montag nacht zerstörten furchtbare Erdbeben die Städte und Dörfer an der Küste von Kagoshima. Breite und lange Erbebenpalten erstreckten sich nach allen Richtungen. In zahlreichen Punkten der Küste von Suisui fanden gestern Erdbeben und Luftausbrüche statt. Die Küste wurde von einer Flutwelle überflutet und Aphenreger ging bis Osaka im Osten und Nagasawara im Süden nieder.

Tosio, 14. Januar. Der Kapitän des japanischen Kreuzers „Tone“ meldet drahtlos, daß in Kagoshima niemand am Leben geblieben sei. Ein Schiff, das nach dem ersten Ausbruch des Vulkanes 307 Flüchtlinge an Bord nahm, soll während des zweiten Ausbruchs gesunken sein.

Nagasaki, 14. Januar. Nach drahtlos übermitteltem Bericht eines Kriegsschiffes ist die Stadt Kagoshima 15 Fuß hoch mit Asche bedeckt. Sechshundert Häuser sind eingestürzt. Die Insel Satorafschima ist dem Verderben preisgegeben. Sie ist in Rauchwolken gehüllt, durch welche Flammengarben zu den

Räumliche Befanntmachungen.

Befanntmachung.

Mitte Januar d. J. findet Scharfschießen des 75. Artillerie-Regiments Nr. 75 in dem Gelände zwischen den Ortsteilen Merseburg-Anspandorf—Wändorf—Wischdorf—Burgladen—Klein—Gräfenhain—Nischwitz—Reinsdorf—Niederlobitz—Blößen—Gaua—Altenhof—Merseburg mit der allgemeinen Schutzrichtung auf Niederlobitzau statt.

Gefährdet ist das Gelände innerhalb der vorgenannten Ortsteile. Die in das gefährdete Gelände führenden Wege werden von Beginn des Schießens ab durch Posten gesperrt sein, deren Anweisungen die Zivilbevölkerung Folge zu leisten hat.

Sollten einzelne Blindgänger, das sind nicht zerprungene Geschosse, gefunden werden, so ist jedes Verwehren dieser Geschosse bei großer Lebensgefahr verboten. Niemand ist die Stelle zu bezeichnen und entsprechend Mitteilung sofort an das Regiments-Geschäftszimmer im Kasernenamt zu Halle a. S., Merseburgerstraße 93, zu senden. Die Abschätzung des Flurschadens und Auszahlung der Beträge soll unmittelbar nach Beendigung des Schießens durch eine vom Regiment ernannte Kommission erfolgen. Den Besitzern empfehle ich daher, sich nach Beendigung des Schießens auf ihren Weiden einzufinden.

Merseburg, den 14. Januar 1914.
Der königliche Landrat.
Freiherr von Wilnowski.

Befanntmachung.

Mit Rücksicht auf die räumlichen Verhältnisse des Steuerbüros und in Anbetracht des außergewöhnlichen Andranges bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich gern bereit bin, Anträgen auf Verlängerung der Fristen zur Abgabe der Steuererklärungen für 1914, sowie der Vermögenserklärungen zur Veranlagung des Wehrbeitrags zu entsprechen.

Merseburg, den 15. Januar 1914.
Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.

Freiherr von Wilnowski.
Der praktische Arzt Dr. med. Reinhold Wötcher hier selbst ist als Armen-, Kommunal- und Volksarzt für hiesige Stadt angestellt.

Wohnung: Burgstraße Nr. 13, I. Sprechstunden werktäglich: 8—10 Uhr vormittags und 2—3 Uhr nachmittags.

Personen, welche öffentliche Unterstützung beziehen, sowie arme mittellose Kranke, welche unentgeltliche ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen wollen, haben sich zuvor behufs Ertelung eines entsprechenden Ausweises in meinem Armen-

amt, Rathaus 1 Treppe links, zu melden.
Merseburg, den 12. Januar 1914.
Der Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung hat für das laufende Jahr Herrn Landesrat Bothe zu ihrem Vorsteher, Herrn Sekretär der Landes-Ver sicherungs-Anstalt Schröder zum Schriftführer und Herrn Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Elze zu dessen Stellvertreter gewählt.

Merseburg, den 15. Januar 1914.
Der Magistrat.

Befanntmachung.

Das königliche Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) hat als ärztliche Sachverständige (Gerichtsarzte des Oberversicherungsamts) für die Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1917 folgende Ärzte gewählt:

den königlichen Regierungs- und Medizinrat Dr. Janssen, den königlichen Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Steinlopp, den praktischen Arzt Dr. Brochmann u. den praktischen Arzt Dr. Weinreich, sämtlich zu Merseburg.
Merseburg, den 31. Dezember 1913.
Königliches Oberversicherungsamt.
Der Vorsitzende.
In Vertretung:
gez. R i s t e m a n n.

Merseburg, den 8. Januar 1914.
Das Versicherungsamt
der Stadt Merseburg.

Private Anzeigen



Frisch eingetroffen:
extra starke Hasen,
auch zerlegt.

la. frische Reh- u. Damkalb-Rücken, Keulen u. Blätter,
große wilde Kaninchen,
feinste Dresd. Hasfermaistgänse,
auch halbiert.

Buter u. Puthennen,
Poularden, Reckhühner,
Kochhühner, junge Tauben
bei
Emil Wolff.

H. Schnee Nachf.
Erstklassiges Spezialgeschäft für
Simpfwaren und Tricotagen
Halle a. S., Str. Eisenstr. 84.

Gutfeimende
Gurkenferne,
lange grüne, gibt ab
Hermann Landmann, Landwirt,
Alt-Großhlg Nr. 5.

Gelegenheitskauf für

Supernumerate pp.
Fechner: Gesetzb. Bibliothek,
9 Bände,
v. Ritter: Handbuch der Preuss. Verwaltung, 2 große Bände.
Beide Werke in tadellosem Zustande, fast neu, billigst zu verkaufen.
Näheres in der Exped. d. Blattes.

Musik.

Welche Dame o. w. Herr würde sich mit laubermem Violinspiel an einem guten Ensemble beteiligen?
Off. unter „Musik“ a. d. Exped.



DÜRKOPP
leichte Kettenlose
Ist jetzt das beliebteste Rad. Leicht auf schmalen Straßen leicht zu manövrieren, da alle Uebertragungsstücke staubdicht eingeschlossen sind; es ist das Rad des 20. Jahrhunderts.
Verlangen Sie Broschüre „Kettenlos“
DÜRKOPPWERKE
Bielefeld

Kochfräulein.

In meiner Fremden-Pension finden noch junge Damen besserer Stände für die Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober freundliche Aufnahme zur Erlernung der ff. Küche unter meiner Leitung. Gehrgeld 200 Mk.
Frau Bergmann, Braunlage, Harz.

Rittergut Kriegsdorf bei Merseburg

sucht zum 1. April
Pferdeknechtfamilien
Stadttheater in Halle.
Freitag, 16. Jan., abends 7 1/2 Uhr:
Der lebende Leichnam.

Ventilator Markiergerät von Wagner-Vertrieb in Friedrichsfeld, Schmeine und Reilmarkt am Mittwoch, den 14. Januar 1914. Ventilator der Schwere: 655 Stück; Ventilator der Leichte: 9-13 Wochen alt, Stück 21-25 Mk., 6-8 Wochen alt, Stück 14-20 Mk.
Die Direktoren des Maschinenbrot.

Anmerksame Bedienung. Mässige Preise.
Karl Tänzer
Merseburg. Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7
Spezialgeschäft für (185)
Braut- und Erstlings-Wäscheausstattungen.
Fernspr. 259.
Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

Vorschuß-Verein zu Merseburg,
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
ladet hiermit zu der am
Sonntag, den 18. Januar 1914 nachmittags 3 Uhr
im Saale der Reichstrone stattfindenden
aufserordentlichen Generalversammlung
sämtliche Mitglieder des Vereins ergebenst ein.
Tagesordnung:
1. Wahl des Kassierers resp. Kontrollleuers.
2. Beschlußfassung über den schriftlichen Bericht des Verbandsrevisors.
Merseburg, den 9. Januar 1914.
Der Aufsichtsrat des Vorschuß-Vereins zu Merseburg,
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
G. Winkler, Vorsitzender.

Stadtparkasse Lauchstedt.
Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent. Rückzahlung nach Lage des Kassendefizites auch ohne Kündigung.
Verzinsung gesparter Spareinlagen nach Vereinbarung bis
4 Prozent.
Kassenstunden: 8—12 Uhr vormittags, 2—4 Uhr nachmittags.

Eingetroffen sind
prima dänische, holteiner und belgische Pferde,
und stehen frei in großer Auswahl zum Verkauf
Gasthof Grüne Eiche, Lützen.
J. B. A. Strohl, Pferdehändler, Telef. 38. 375.

IN EILE
GUMMI-ABSATZE
Continental
Gummi-Absätze
Enorm haltbar
Schweizer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H. Schwellen i. W.

Neu eingeführt!
Elektr. Lichtbäder.
Russ.-röm. Bäder. Moor- u. Kastendampf-, sowie alle Kurbäder. — Massage.
Johannisbad Merseburg Tel. Nr. 245.
Johannisstr. 10.

Fortdauer des großen Saison-Käunungs-Verkaufs bis 17. d. Mts.
Alle Modewaren und Restbestände,
die unbedingt geräumt werden sollen, sind nachmals weitgehend ermäßigt.
Jeder Einkauf ist daher besonders lohnend und bedeutet größte Geldersparnis.
Otto Dobkowitz, Merseburg,
Entenplan 8.

Salit das Einreibemittel
Rheumatische Schmerzen, Reißen, Hexenschuß. In Apotheken Fl. M. 1.30.